N i e d e r s c h r i f t

über die 27. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 15. Juli 2014, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der "Lindener Ratsstuben"

Anwesend:

a)	Stadtverordnetenvorsteher:	Ralf Burckart	
b)	Stadtverordnete:	Jürgen Arnold	
		Moritz Arnold	
		Hans Bausch	(entschuldigt)
		Anneliese Bork	
		Michael Fischer	
		Dagmar Gebauer	
		Sebastian Gebauer	
		Renate Geiselbrechtinger	
		Axel Globuschütz	
		Dr. Michaela Goll	
		Dieter Haggenmüller	
		Dirk Hansmann	(entschuldigt)
		Volker Heine	
		Iskender Isikci	
		Timo Klös	
		Gisela Koch	
		Gudrun Lang	
		Harald Liebermann	
		Franziska Lodde	
		Hendrik Lodde	
		Antje Markgraf	
		Uwe Markgraf	
		Burkhard Nöh	(entschuldigt)
		Matthias Spangenberg	(entschuldigt)
		Dr. Christof Schütz	
		Werner Schwarz	
		Tim-Ole Steinberg	(entschuldigt)
		Eva Steinmetz	
		Thomas Utschig	
		Fabian Wedemann	
		Wolfgang Weiß	
		Horst Weitze	
		Michael Wolter	
		Dr. Heinz-Lothar Worm	
		Metin Yildiz	
		Marga Zoller	
c)	Magistrat:	Bürgermeister Jörg König	
		Erster Stadtrat Norbert Arnold	
		Stadtrat Thomas Altenheimer	

		Stadträtin Petra Braun Stadtrat Wolfgang Gath Stadtrat Reinhold Krapf Stadtrat Robert Kreuzinger-Ibe Stadtrat Manfred Leun Stadtrat Gerhard Trinklein
d)	Frauenbeauftragte:	Gudrun Größer
e)	Ausländerbeiratsvorsitzender:	Dr. Ehsan Sadeghian
f)	Verwaltung:	Heidrun Grünhage Hans-Ulrich Heymann Frank Hölzel
g)	Presse:	Herr Agel, Gießener Allgemeine Herr Wißner, Gießener Anzeiger
h)	Zuhörer:	30
i)	Protokollführerin:	Renate Wolf

Stadtverordnetenvorsteher Ralf Burckart eröffnet die 27. öffentliche Sitzung der laufenden Legislaturperiode. Er begrüßt die Mitglieder des Parlamentes, den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Dr. Sadeghian, den Magistrat, die Presse sowie alle Anwesenden.
Traditionsgemäß gratuliert er zunächst allen, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten. Zu ihrem 60. Geburtstag erhalten Stadtverordnete Frau Koch und Erster Stadtrat Arnold einen Blumenstrauß. Stadtverordnete Frau Zoller erhält zu ihrem 70. Geburtstag ebenfalls einen Blumenstrauß.
Anschließend stellt Stadtverordnetenvorsteher Burckart fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt wurde, die durch die HGO vorgeschriebene Veröffentlichung der Einladung in den Lindener Nachrichten und dem Lindener Anzeiger Lokal ordnungsgemäß erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung übergibt er das Wort an Bgm. König.

Bgm. König freut sich, wieder einmal einen Bürger der Stadt Linden für sein ehrenamtliches Wirken auszeichnen zu können. Da diese Tätigkeiten nicht als üblich zu betrachten sind, wird hierfür der Landesehrenbrief verliehen. Diese Auszeichnung erhält heute Herr Herbert Weigand, der seit 1999 als Ortsgerichtsschöffe für das Ortsgericht I (Großen-Linden) tätig ist und von 1978 – 1985 technischer Wart beim Tennisclub Linden war und somit maßgeblich an der Errichtung der Tennisanlage beteiligt gewesen ist.
Bgm. König liest den Ehrenbrief des Landeshessen sowie die Urkunde der Stadt Linden vor und überreicht sie anschließend Herrn Weigand.

Zur Tagesordnung ergeben sich folgende Änderungen:

Stadtverordneter Globuschütz bittet um Absetzung der Tagesordnungspunkte 4 und 5. Zu TOP 4 erklärt er, dass dieser nicht im Fachausschuss beraten wurde. Bei TOP 5 haben sich in den Beratungen Änderungen ergeben. Diese Änderungen wurden nicht fristgerecht zugestellt und somit ist auch dieser Punkt aus formalen Gründen von der Tagesordnung abzusetzen.

Bgm. König erklärt, dass Stadtverordneter Globuschütz ihm zumindest bei der Absetzung des TOP 4 zuvorgekommen sei, dieser wird seitens des Magistrates zurückgezogen.
Den TOP 5 bittet er allerdings zu beraten, da er inhaltlich richtig diskutiert wurde. Er erläutert, wie es zu den redaktionellen Fehlern gekommen ist und bittet um Beschlussfassung.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt, dass für eine Absetzung von der Tagesordnung eine zwei Drittel Mehrheit erforderlich ist.

Die Abstimmung zu TOP 5 ergibt folgendes Ergebnis: 14 Ja-Stimmen (SPD/Bündnis 90/Die Grünen) und 18 Nein-Stimmen; somit bleibt TOP 5 auf der Tagesordnung.

Danach ergibt sich folgende neue Tagesordnung:

Tagesordnung:

1. Berichterstattung durch den Magistrat
2. Satzung über die Betreuung von Kindern in den Kindertagesstätten der Stadt Linden
   - Magistratsvorlage Drucksache 099/11/16 -
3. Gebührensatzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt Linden
   - Magistratsvorlage Drucksache 100/11/16 -
4. Neufassung der Richtlinie zur Förderung der Jugend und der Vereine der Stadt Linden
   - Magistratsvorlage Drucksache 102/11/16 -
5. LED-Initiative der OVAG zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung in der Gemeinde und Abschluss des Lichtlieferungsvertrages mit der OVAG
   - Magistratsvorlage Drucksache 103/11/16 -
6. Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“;
   hier: Mittelbereitstellung für die vorzunehmende Entwurfsplanung
   - Magistratsvorlage Drucksache 106/11/16 -
7. Anfrage an den Magistrat zu Grundstück Steinmüller
   -Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 040/11/16 -
8. Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

Zu TOP 1
Berichterstattung durch den Magistrat

Bericht zum Stand des Haushaltsvollzuges

Gemäß § 28 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ist mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzuges zu berichten.

Hierzu wurde den Stadtverordneten eine Übersicht mit Stand vom 30. Juni 2014 vorgelegt. Wie daraus hervorgeht, ist derzeit mit einem Fehlbetrag zu rechnen. Dies liegt u.a. an der Verringerung des Gewerbesteueraufkommens und an den Anteilen an der Einkommensteuer.
Bgm. König geht noch auf den einen oder anderen Punkt der Aufstellung näher ein.

Zum Haushalt der Stadtwerke wird auf den vorgelegten Lagebericht verwiesen.

Kindergarten Regenbogenland

Der Kindergarten wurde inzwischen bezogen und bis auf einige Kleinigkeiten, die es noch zu ändern gilt, sind sowohl Kindern als auch Erzieherinnen mit dieser Einrichtung sehr zufrieden.

Zum Bericht des Magistrates ergeben sich folgende Wortmeldungen:

Stadtverordneter Dr. Schütz hat eine Nachfrage zur Gewerbesteuer. Im Ansatz 2014 seien 2,85 MIO enthalten und auf Nachfrage wurde ihm seitens der Finanzverwaltung mitgeteilt, dass jetzt bereits 2,43 MIO aufgrund von Steuerbescheiden veranlagt sind.

Laut Bgm. König beziehen sich die genannten 2,43 MIO auf das gesamte Jahr 2014; die 994.449,74 € beziehen sich jedoch nur auf das erste Halbjahr. Im 2. Hj. ist somit noch mit rund 1,5 MIO € zu rechnen. Es können sich aber auch durchaus noch mehr Einnahmen ergeben, da Nachveranlagungen vorgenommen werden können.

<u>Zu TOP 2</u>
Satzung über die Betreuung von Kindern in den Kindertagesstätten der Stadt Linden
- Magistratsvorlage Drucksache 099/11/16 –

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt, dass mit Schreiben vom 09.07.2014 die in den Ausschüssen beschlossenen Änderungen (gilt auch für die Vorlage 100/11/16) verteilt wurden; dies ist jetzt Grundlage der Beschlussfassung.

Bgm. König führt aus, dass Änderungen von gesetzlichen Vorschriften dazu geführt haben, dass diese Satzung geändert werden muss. Die Beratungen haben ergeben, dass in § 4 Abs. 2 folgender Wortlaut einzufügen war: „In der Stadt Linden dürfen nicht alle Kindertagesstätten während der Ferien gleichzeitig geschlossen werden."

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur hat für die geänderte Magistratsvorlage Drucksache Nr. 99/11/16 bei 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen Beschussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat für die geänderte Magistratsvorlage Drucksache Nr. 099/11/16 bei 5 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Fischer fragt nach, ob die Elternvertretungen hieran beteiligt waren; in der Vorlage wurden hierzu keine Aussagen getroffen (Ergebnis Befragung Elternbeiräte).

Es ergibt sich eine rege Diskussion, ob die derzeitige Satzung überhaupt noch Gültigkeit habe; sie sei durch höherrangiges Recht (§ 22a SGB VIII, Hess. Jugendhilfegesetz, Neufassung Hess.KiföG- § 27 Abs. 3) in jeder Hinsicht überholt und entbehre jeglicher Grundlage.

Stadtverordneter Globuschütz stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, dass dieser TOP abgesetzt wird und eine Klärung der Rechtslage durch den HSGB durchzuführen ist.

Obwohl schon über die Tagesordnung abgestimmt wurde, lässt Stadtverordnetenvorsteher Burckart eine Abstimmung über diesen Antrag zur Geschäftsordnung zu; auch hier sei eine zwei Drittel Mehrheit erforderlich.

Die Abstimmung zu diesem Antrag ergibt folgendes Ergebnis: 17 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 13 Gegenstimmen; somit Ablehnung, da keine zwei Drittel Mehrheit.

Auch in der weitergeführten Diskussion kommt man sowohl zu diesem TOP als auch zum folgenden Tagesordnungspunkt zu keiner Einigung; es wird eine Vertagung und eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen.

Der Magistrat zieht daraufhin beide Tagesordnungspunkte zurück und stimmt einer Sondersitzung zu (die Ausschüsse tagen nicht mehr).

Aus Zeitgründen verkürzt Stadtverordnetenvorsteher die Einladungsfrist auf 2 Tage.

Zu TOP 3
Gebührensatzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt Linden
- Magistratsvorlage Drucksache 100/11/16 –

Siehe vorherige Ausführungen; TOP wurde durch den Magistrat zurückgezogen.

Zu TOP4
Neufassung der Richtlinie zur Förderung der Jugend und der Vereine der Stadt Linden
- Magistratsvorlage Drucksache 102/11/16 –

Bgm. König erklärt, dass es hier um Ausgaben geht, die die Stadt Linden leistet. Bei den Überlegungen des Magistrates ist man dazu gekommen, Förderung für bauliche Unterfangen und Anschaffung von Sportgeräten zu streichen, zumal hierfür auch andere Fördermöglichkeiten gegeben sind. Auch hier haben sich Änderungen ergeben, die entsprechend eingearbeitet wurden.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur hat für die geänderte Magistratsvorlage Drucksache Nr. 100/11/16 bei 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen Beschussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat bei 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Stadtverordnete Lang möchte wissen, ob der Jugendbeirat zu diesem Thema befragt wurde.

Laut Stadtverordnetenvorsteher war dies nicht der Fall.

Bgm. König ist der Auffassung, dass hiervon die Jugendlichen nicht betroffen seien; es ginge um das Zwischenspiel Stadt und Vereine. Außerdem werde an den Zuschüssen für die Jugendlichen nichts geändert.

Stadtverordneter Fischer nimmt diese Ausführungen zur Kenntnis, entgegnet aber, dass es sehr wohl um die Jugend gehe – dies gebe alleine schon die Bezeichnung der Richtlinie her.

Stadtverordneter Globuschütz erklärt, dass sich die Kritikpunkte seiner Fraktion leider wieder auf das grundsätzliche beziehen. Auch hier werde als Sparvorschlag nur ein Einzelvorschlag vorgetragen.
Die Begründung klinge leider auch sehr zynisch („Verein wird sich nicht davon abhalten lassen, Investitionen zu tätigen“). Sicher werde ein fehlender Zuschuss die Vereine von Investitionen abhalten; es gehe hier um bestandserhaltende Maßnahmen.

Man könne immer wieder nur betonen, dass ein Gesamtkonzept fehle.

Stadtverordneter Liebermann bemängelt, dass die Opposition immer nur davon rede, man wolle zusammenarbeiten um ein Gesamtkonzept zu erstellen, aber leider sind bisher keine konkreten Vorschläge unterbreitet worden. Auch der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Spielapparatesteuer wurde als Einzelbeschluss gefasst – wo sei hier das Gesamtkonzept gewesen?
Es werden jetzt Vorschläge vorgetragen, die der Magistrat in vielen Besprechungen erarbeitet hat und die teilweise aufgrund von Diskussion innerhalb des Parlamentes entsprechend geändert wurden.
Es wurden in der Vergangenheit vielen Anträge der Opposition zugestimmt; eine Ablehnung ist nur erfolgt, wenn diese für die Stadt nicht sinnvoll waren. Dann sei immer die Begründung vorgetragen worden, wenn schon die Stadt Linden sich dies und das nicht leisten könne, wer dann (so auch die Landrätin). Ein halbes Jahr später hat dann aber die Landrätin den HH abgelehnt, da er nicht zur Deckung gebracht wurde. Nun werde versucht, die von der Landrätin genannten Einsparpotentiale umzusetzen und dies werde durch diese Verschleppung der Beschlüsse verhindert.

Stadtverordneter Heine entgegnet zu seinem Vorredner, dass man nicht sagen könne, dass seine Fraktion grundsätzlich alles ablehne; den beiden nächsten Punkten werde man zustimmen. Allerdings bleibt festzuhalten, dass seit geraumer Zeit keine Konzeption für die geänderte finanzielle Lage der Stadt vorhanden sei; es werden nur Einzelvorschläge unterbreitet. Seit 2009 sei bekannt, dass Abschreibungen anfallen; sie wurden aber nicht verbucht. Eigentlich hätten alle HH danach im Minus sein müssen. Sondereinnahmen wurden erwirtschaftet (Rückgabe Gelände Uni – Erschließung Baugebiet „In der Imsbach“). Nördlich Breiter Weg koste mit jedem Tag, an dem nichts geschehe, Zinsen. Gewerbegebiete seien erschöpft; neue nicht vorhanden. Übrig blieb also nur eine Gebührenerhöhung.
Die Grünen hätten in Eigenregie oder kommunaler Zusammenarbeit neue Energiequellen generiert; warum gehe man diesen Weg nicht weiter? Was wird getan, um Gewerbe zu halten oder zu erweitern?
Stadtverordneter Liebermann habe auf Zusammenarbeit gedrängt. Es hat 5 Jahre gedauert, bis die Eröffnungsbilanz vorgelegt werden konnte und jetzt stehe die Stadt wegen der Abschreibungen so schlecht da. In der ganzen Zeit hätte man schon durch sukzessive Gebührenerhöhungen gegensteuern können. 5 Jahre habe man den HH „schön gerechnet“ und dies falle einem nun vor die Füße. Der Altbürgermeister habe seinem Nachfolger ein schweres Erbe hinterlassen.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart bittet um Einhaltung der Tagesordnung; es sollen keine HH-Reden geführt werden.

Stadtverordneter Fischer entgegnet zum Vortrag des Stadtverordneten Liebermann, dass man seit Februar 2014 ein Gesamtkonzept zur Konsolidierung des HH gefordert habe – leider bisher ohne Erfolg. An dieser Vorlage könne man jetzt erkennen, wie wichtig dies gewesen wäre. Diese Vorlage zeige, dass „Die Mäuschen“ nachhaltig Schwierigkeiten bekommen werden. Es sei konzeptionslos etwas zu streichen, mit dem Wissen, dass Folgen eintreten, die nicht wünschenswert sind.
Auch das Demokratieverständnis bereite ihm sorgen, wenn es um die Beteiligung der Jugendvertretung geht. Oder die Beteiligung der Elternvertretung? Ist es zu viel Demokratie, wenn evtl. die Jugendvertretung einmal zu viel angehört wird?

Stadtverordneter Liebermann entgegnet zu Heine, dass der Ex-Bürgermeister bei den Solarpark sehr engagiert war. Über die Abschreibungen könne man froh sein; dies bedeute einen guten Stand von Werten.
Zum Demokratieverständnis führt er aus, dass man mit den Vertretungen nur dann in Gespräche gehen sollte, wenn diese davon betroffen seien. Es sei allgemein bekannt, dass die Vereine hohe

Rücklagen gebildet haben. Die Aussage, dass sich die Vereine nichts mehr leisten könnten, weil ein Teil der Förderung gestrichen werden soll, ist einfach nicht zutreffend.

Auch Bgm. König erklärt, zur Herausnahme der Kindertagesstätte „Die Mäuschen“ aus den Förderrichtlinien, dass er schon in einer vorangegangenen Sitzung angekündigt habe, dass sich der Magistrat Gedanken darüber mache, wie hier weiter (finanziell) zu verfahren sei. Dies könne evtl. so wie bei dem evangelischen Kindergarten geschehen.

Genau diese Aussage sieht Stadtverordneter Fischer als konzeptionslos an; erst wird etwas gestrichen und dann wieder eingeführt.

Stadtverordneter Schwarz kann die gesamte Diskussion hierzu nicht nachvollziehen. Er selber ist ebenfalls in einem Verein engagiert und die Vereine verstehen, warum diese Streichungen erfolgen. Er kann bestätigen, dass bauliche Maßnahmen in erster Linie nur dann durchgeführt werden, wenn der Verein dies alleine bewältigen kann. Alle anderen Bezuschussungen der Vereine bleiben.
Von der Beteiligung der Jugendvertretung hält er nicht sehr viel, da hier alles nur „zerredet“ werde und zu keinem Ergebnis führe.

Bei Gegenstimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird die geänderte Magistratsvorlage Drucksache Nr. 102/11/16 mit Mehrheit beschlossen.

<u>Zu TOP 5</u>
LED-Initiative der OVAG zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung in der Gemeinde und Abschluss des Lichtlieferungsvertrages mit der OVAG
- Magistratsvorlage Drucksache 103/11/16 –

Bgm. König führt aus, dass die OVAG diese Initiative ausführlich im Parlament vorgestellt hat. Er erläutert kurz die derzeitige Situation und in welcher Form die Umstellung erfolgen soll.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat einstimmig Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat ebenfalls einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt, dass von seiner Fraktion schon vor mehreren Monaten eine Anfrage nach einer Umstellung gestellt wurde. Damals wurde erklärt, dass sich dies nicht lohne, da die Stadt Linden schon sehr viele Sparlampen eingesetzt habe. Umso mehr freue es ihn, dass nun doch ein neuer Vertrag abgeschlossen werden soll. Dies zum Thema „Blockadepolitik der Opposition“.

Bgm. König entgegnet hierzu, dass sich das Warten doch manchmal auszeichnet. Die OVAG habe Fördergelder bekommen und daher sei dies jetzt sinnvoll.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart liest den Beschlussantrag vor, da hierin doch sehr wichtige Dinge enthalten seien.

Stadtverordneter Markgraft erinnert daran, dass im Haupt- und Finanzausschuss beantragt bzw. darum gebeten wurde, eine Zusatzvereinbarung bezüglich des Grünstroms aufzunehmen.

Laut Bgm. König sei dies zutreffend. In die Vorlage wird folgender Wortlaut bei der Begründung eingefügt: „Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem neuen LED-Lichtlieferungsvertrag **einschließlich der Zusatzvereinbarung (Grünstrom)** mit der OVAG ….“

Die Abstimmung über die ergänzte Magistratsvorlage Drucksache Nr. 103/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 6
Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“;
hier: Mittelbereitstellung für die vorzunehmende Entwurfsplanung
- Magistratsvorlage Drucksache 106/11/16 –

Bgm. König erklärt, dass diverse Gespräche mit Investoren ergeben haben, dass grundsätzlich eine Entwurfsplanung durchzuführen ist, um Baureife zu erlangen. Im Laufe der Gespräche und Beratungen kam man dann jedoch zu der Feststellung, dass es besser sei, wenn die Stadt diese Entwurfsplanung durchführt/durchführen lässt. So kann man genau vorgeben, wie das neue Baugebiet zu erschließen ist. Bei Übergabe an einen Investor muss er diese Vorgaben erfüllen (ein qualitativ gutes Baugebiet entsteht – keine Billigbauweise). Sollte die Stadt die Erschließung nicht in Eigenregie durchführen, können die Kosten dieser Entwurfsplanung dem Investor auferlegt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat bei 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Fischer betont, dass der Magistrat mit dieser Vorlage bei der SPD offene Türen einrennt. Man habe bereits bei den HH-Beratungen im Februar 2014 die Einstellung eines Betrages von 30.000,00 € gefordert. Es sei lobenswert, dass die städtebauliche Entwicklung gesichert werden soll, dadurch dass die Stadt die Entwurfsplanung selbst in die Hand nimmt. Dies sei auch schon im Februar Ansinnen der SPD gewesen, aber da wurde erwidert, dass noch gar nicht sicher sei, ob die Stadt selber tätig werde. Die SPD-Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Stadtverordneter Heine erklärt, dass er bereits im Ausschuss angeregt habe, ein zweites oder drittes Angebot einzuholen. Er fragt, ob sich hier zwischenzeitlich etwas getan habe?

Bgm. König erwidert hierzu, dass zunächst ein Grundproblem zu lösen ist. Es muss vorgegeben werden, was er anbieten soll. Fakt ist, dass die Firma, die dieses Angebot abgegeben hat, schon immer für die Stadt tätig war und es nie zu Problemen gekommen ist. Fakt ist auch, dass aufgrund der Höhe der Kosten keine Ausschreibung erforderlich ist. Fakt ist auch, dass man bei dem Angebot nur an den Herstellungskosten „schrauben“ kann. Dadurch ändern sich dann aber auch andere Werte, die aber durch die HOAI mehr oder weniger festgeschrieben sind. Jetzt muss genau festgelegt werden, wie sich die Stadt die Erschließung vorstellt, so dass Herstellungskosten ermittelt werden können. Bgm. König hofft, dass dies alles zu bewerkstelligen ist und das Ganze dadurch nicht weiter verzögert wird.

Stadtverordneter Heine bestätigt, dass mit dem Wissen, dass die Herstellungskosten 2,1 MIO € betragen sicher jede andere Firma ein Angebot abgeben kann, ohne letztendlich alle Kanaldaten usw. genau zu kennen. Allerdings betont er auch, dass man nicht unbedingt von einer Firma abweichen muss, mit der man jahrzehntelang gut zusammengearbeitet hat.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 106/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 7
Anfrage an den Magistrat zu Grundstück Steinmüller
-Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 040/11/16 –

Stadtverordneter Heine bringt den Fraktionsantrag ein und erläutert diesen.

Bgm. König erklärt, dass er sowohl vom RP, als auch der Bauaufsicht und auch von Herrn Steinmüller Antworten auf entsprechende Nachfragen bekommen hat.
Er liest die Antworten des Herrn Steinmüller vor.
Seitens des RP wurde erklärt, dass Herrn Steinmüller eine Fristverlängerung für die Herstellung des Parkplatzes in Aussicht gestellt wurde, da er aufgrund geschäftlicher Strukturen bisher nicht mehr abtragen konnte. Auch wurde bestätigt, dass keine Schadstoffe auf dem Gelände oder in den Containern gelagert wird und somit auch nichts ins Erdreich eindringen kann. Unter diesem Gelände befinde sich eine Kreisabfalldeponie aus den 70er Jahren, die ordnungsgemäß verschlossen wurde. Daher dürfen später auch nur sogenannte Flachwurzler gepflanzt werden, um diese Schutzschicht nicht zu beschädigen.
Sowohl RP Gießen, Abteilung Umwelt, als auch die Bauaufsicht des Landkreises Gießen überwachen den Rückbau.

Stadtverordneter Dr. Schütz möchte zu den Fragen 11 und 12 noch Näheres wissen; hier kommen ihm die Antworten nicht abschließend vor. Grundsätzlich fragt er nach, wer für die Einhaltung eines von der Stadt Linden aufgestellten B-Plans zuständig ist; wäre dies evtl. die Ortspolizeibehörde. Wenn dem so wäre, dann hätte die Stadt Linden jahrelang zugesehen, dass auf einem beplanten Gelände eine andere Nutzung ausgeübt wird. Eine Verlagerung der Verantwortung auf eine andere Behörde (RP/Bauaufsicht) halte er nicht für gut.

Bgm. König ist es vor allen Dingen wichtig, zu wissen, dass keine Schadstoffe gelagert werden und somit in den Untergrund gelangen können. Zuständig für die Umsetzung des B-Plans ist hier die Bauaufsicht.

Zu TOP 8
Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

Straße „In der Imsbach“
Stadtverordneter Lodde bittet darum, dass die Straße „In der Imsbach“ nachgesandet wird, da sich hier bereits Steine gelockert haben.

Abstimmungen
Stadtverordneter Fischer teilt zukunftsweisend mit, dass nach der Geschäftsordnung (§ 21 Abs. 2) nur eine einfache Mehrheit erforderlich ist, um einen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen.

Einbahnregelung Bahnhofstraße
Stadtverordnete Lang teilt mit, dass in der Zeitung zu lesen war, dass in der Bahnhofstraße eine Einbahnregelung im Gespräch sei.

Bgm. König berichtet hierzu von einem Ortstermin, an dem auch der Verkehrsplaner teilgenommen hat. Problematisch in diesem Bereich ist die Engstelle. Hier fahren die Autofahrer über die Gehwege, wodurch die Fußgänger gefährdet werden. Dieses wurde von den Anliegern auch so bestätigt.
Allerdings würde eine Einbahnregelung auch bedeuten, dass Verkehr auf andere Straßen verlagert wird und auch dies ist eigentlich nicht gewünscht. Man wird hier noch einige Überlegungen anstellen müssen.

Fraktionsanträge
Stadtverordneter Dr. Schütz teilt mit, dass mehrere Fraktionsanträge (z.B. Sonnensegel Kinderplanschbecken, Tauschbibliothek usw.) noch unbeantwortet sind. Es sei schwierig, wenn das Parlament Beschlüsse fasse (Verweisung in die Ausschüsse) und diese Beschlüsse werden dann nicht behandelt.

Bgm. König teilt mit, dass zu den Anträgen diverse Vorschläge erarbeitet bzw. Angebote eingeholt/Anfragen gestellt wurden, die jedoch noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Daher ist der Magistrat auch noch nicht an die Ausschüsse herangetreten.
Der Antrag bezüglich der Spielapparatesteuer wurde tatsächlich „vergessen"; er bittet um Entschuldigung.

Stadtverordneter Fischer ergänzt, dass Grundsätzlich die vom Parlament in die Ausschüsse verwiesenen Anträge auf deren nächste Tagesordnung gehören.

Online gestütztes Beschwerdemanagement
Stadtverordnete Zoller fragt nach, ob sich hier etwas getan hat.

Laut Bgm. König ist man hier tätig.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart teilt abschließend mit, dass er die Einladungsfrist zur Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung auf 2 Tage verkürzt.

Ende der Sitzung: 21.50 **Uhr**

--- ---
Ralf Burckart; Stadtverordnetenvorsteher Renate Wolf; Protokollführerin